

Der Kampf zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten

Eine „Blütenlese“ aus der Fülle des noch vorliegenden Materials.

1. Am 3. April 1930 hatte die deutschnationale Reichstagsfraktion geschlossen gegen die Mißtrauensanträge der SPD und KPD gestimmt und dadurch das Kabinett Brüning gerettet. An demselben Tage *erklärte die NSDAP ihren Austritt aus dem Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren gegen den Young-Plan*. Im Anschluß daran verschärfen sich Angriffe der Nationalsozialisten gegen Hugenberg.
2. Im Winter 1930/31 nahmen die nationalsozialistischen Angriffe gegen die Deutschnationalen, insbesondere in Ostpreußen, weiter zu.
3. Befehl des NS-Gauleiters Wagner, München, vom 10. 2. 32:
„Ich befehle daher allen Dienststellen der Bewegung, rücksichtslos den Kampf gegen die Deutschnationale Volkspartei in Bayern durchzuführen.“
4. Der NS-Abgeordnete Wilhelm Kube im „VB“ Nr. 121 vom 30. 4. 32 über das Wahlergebnis der Preußenwahl vom 24. April 1932:
„Die Agitation der Deutschnationalen war mit besonderer Unanständigkeit und Verlogenheit gegen uns Nationalsozialisten gerichtet.“
5. In einem Flugblatt der NSDAP „Deutsch? National?“ vom April 1932 heißt es u. a. :
„Aus Parteigeist hat sie im zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl gegen Hitler Stimmenthaltung proklamiert und damit den Feinden des Deutschtums kampfflos das Feld überlassen.“
6. In der von Darré herausgegebenen „Nationalsozialistischen Landpost“ vom 8. 5. 32 heißt es:
„Deutschnational sein heißt Geschäftspatriotismus mit wahren Vaterlandsgefühl zu verwechseln.“
7. Aufklärungsblatt der Deutschnationalen Volkspartei vom Mai 1932 „Der Nationalsozialismus — eine Gefahr“ — von Kleist-Schmenzin (wurde nach dem 20. 7. 44 gehenkt).
8. Der Propagandaleiter der NS-Betriebszellenorganisation, Georg Grau, in Köslin (Juni 1932):
„Die deutschnationale Presse ist von Juden bestochen. Hugenberg ist 40-facher Millionär.“
Dazu bemerkt „Unsere Partei“ vom 8. 7. 32: Obwohl durch Gerichtsverhandlungen eindeutig bewiesen ist, daß die Behauptung, Hugenberg sei 50-facher Millionär eine Lüge ist, wird sie von beamteten Persönlichkeiten der Nationalsozialisten wiederholt.“
9. In einem Artikel „Vernünftige Steuerpolitik“ in „Unsere Partei“ Nr. 14 vom 15. 7. 32 wendet sich Dr. Oberföhrer, der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, gegen das NS-Steuerprogramm, in dem er nach näherer Begründung erklärt:
„Die nationalsozialistischen Anträge sind bar aller Wirtschafts- und steuerpolitischen Vernunft und Einsicht.“

10. Der braunschweigische NS-Ministerpräsident *Klagges* hat nach dem „Helmstedter-Beobachter“ Nr 75, dritte Ausgabe *Juli 1932*, geäußert:
 „Wir müssen Herrn Hugenberg das Recht absprechen, sich ‚national‘ zu nennen.“
11. Der oldenburgische NS-Ministerpräsident *Röver* bezeichnete am 26. 7. 32 lt. „Auricher Zeitung“ vom 27. 7., die Deutschnationalen als „Lumpen, Verräter am Volk, gemeines Gesindel.“
12. *Die gescheiterten Verhandlungen mit Hitler*. Der historische 13. August 1932.
 Dazu schrieb die „Kreuz-Zeitung“ Nr. 226 vom 14. 8. 32:
 „Der Reichspräsident bot Herrn Hitler den Posten des Vizekanzlers an und drei weitere Sitze im Kabinett, Herr Hitler forderte dagegen die Ernennung zum Reichskanzler mit der Maßgabe, daß die Reichsminister als Untergebene des Reichskanzlers lediglich dessen Weisungen auszuführen hätten... Der Reichspräsident hat unter Berufung auf seine Verantwortung vor dem deutschen Volke abgelehnt, die ganze Staatsmacht an eine Partei auszuliefern.“
13. Der „Angriff“ (Blatt des Dr. Goebbels) Nr. 164 vom 15. 8. 32 äußerte sich dazu wie folgt:
 „Die Schuld (an der Ablehnung der überspannten Forderung Hitlers) tragen vielmehr jene gewissenlose Intriganten, die insbesondere aus dem Hugenberg-Lager stammen, und die aus reinem parteiegoistischen Neid die Machtergreifung durch den Nationalsozialismus und damit die nationale Wiedergeburt Deutschlands vorläufig sabotieren... Sie sind im Augenblick gefährlicher als selbst der Marxismus und müssen ebenso wie dieser in die Knie gezwungen werden.“
14. In einem Artikel „*Quo vadis, Hitler?*“, veröffentlicht in „Unsere Partei“ Nr. 18 vom 15. 9. 1932, heißt es:
 „Wer sich in den Kreisen der Hitlerpartei und der Hitlerwähler aufmerksam umsieht, kann seit einigen Wochen eine zunehmende Unsicherheit bemerken, die gerade die denkenden Kreise stark bewegt.
 Den stärksten Anstoß gab hier zweifellos Hitlers ‚Nein‘ am 13. August gegenüber dem Angebot der Regierung und Hindenburgs klare Absage an jede Parteidiktatur.“
 „Er brüskierte Hindenburg durch sein Telegramm nach Beuthen (Schutz der Mörder von Potemba), durch seine Pressedrohungen mit Erhebung der Anklage gegen den Reichspräsidenten — und enttäuschte andererseits seine SA durch erneute Schwüre der Legalität, durch ein Bekenntnis zu Demokratie und Parlamentarismus, das in den Handlungen Kerrls (als Präsident des preußischen Landtags) ebenso peinlich zum Ausdruck kam, wie in der Rede Hitlers im Sportpalast am 1. September 1932.“
 „Alle diese Ereignisse haben auf die Denkenden und auf die kämpferischen Elemente der Hitlerpartei tiefen Eindruck gemacht. Nie war der Zustand der Partei so labil wie heute, nie die Spannung zwischen Parteiapparat und Bewegung so groß und gefährlich wie in diesen Tagen.“
15. In einem großen Artikel wendet sich „Unsere Partei“ Nr. 18 vom 15. 9. 32 unter der Überschrift „*Der Nationalsozialismus auf Irrwegen*“ gegen die nationalsozialistischen Bestrebungen und Kampfmethoden.
16. Der „VB“ Nr. 239 vom 26. 8. 32 veröffentlicht einen Aufsatz mit der Schlagzeile:
 „Die deutschnationale Reaktion sterbe,
 damit die deutsche Nation lebe.“

17. *Hitler am 7. 9. 32 in München im Zirkus Krone lt. „Nachtausgabe“ Nr. 211 vom 8. 9. 32:*

„Der Reichspräsident ist 85 Jahre alt, ich bin 43 Jahre alt. Ich fühle mich ganz gesund, das kann ich den Herren versichern... Und bis ich einmal 85 Jahre alt bin, lebt Hindenburg schon längst nicht mehr.“

Dazu schreibt die deutschnationale Zeitschrift „*Unsere Partei*“ Nr. 18 vom 15. 9. 32:

„Wenn der ‚Führer‘ Hitler sich zu solchen Geschmacklosigkeiten hinreißen läßt, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Kampfweise seiner Unterführer einen Tiefstand erreicht hat, wie wir ihn bisher kaum auf der äußersten Linken erlebt.“

18. *Entschließung der deutschnationalen Reichstagsfraktion vom 8. 9. 32.:*

„Die deutschnationale Reichstagsfraktion nimmt mit Empörung von den lügnerischen Veröffentlichungen Kenntnis, die besonders die nationalsozialistische Presse planmäßig im ganzen Lande, offenbar auf Anweisung von zentraler Stelle, über die Deutschnationale Volkspartei und ihren Führer verbreitet.“

19. *Erklärung der deutschnationalen Reichstagsfraktion vom 13. 9. 32 zu dem Konflikt zwischen Regierung von Papen und Reichstagspräsident Göring. Darin heißt es u. a. :*

„Der Reichstagspräsident Göring hat die Entgegennahme der verfassungsmäßigen Auflösungsorder verweigert und ist in der Nichtachtung von Recht und Gesetz soweit gegangen, daß er die Auflösung als ungültig zu bezeichnen wagte. Das bedeutet die Ausrufung der Parteiherrschaft gegen den Staat.“

20. Unter der Überschrift der „Dolchstoß“ veröffentlicht „Unsere Partei“ Nr.

18 vom 15. 9. 32 einen Artikel, der die *Vorgänge in der Reichstagssitzung vom 12. September* beleuchtet. Der Aufsatz beginnt mit dem Satz:

„Schamloser hat sich noch niemals ein deutscher Reichstag betragen als der kurze Reichstag, in dem die Nationalsozialisten die Führung hatten.“

21. Die *NS-Halbwochenschrift* „Deutschland erwache“ veröffentlicht in ihrer Nummer 24 vom 11. 9. 32 einen Artikel:

„Hugenberg sterbe, damit Deutschland leben kann.“

22. *Teilstreik bei Scherl.*

Es handelte sich um einen Teilstreik gegen einen Schiedsspruch, dem sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer bereits unterworfen hatten. Der Streik war also tarifwidrig.

Dazu schrieb der „*Angriff*“ Nr. 196 vom 28. 9. 32 unter der Spitzmarke „Kampf gegen den Lohnraub“:

„Mit Recht wehrten sich die Betroffenen gegen die unsozialen Maßnahmen und traten in den Streik, an dem sich die starke nationalsozialistische Betriebszellenorganisation führend beteiligte.“

23. In der Sitzung des *Preußischen Landtages vom 19. 9. 1932* hielt der deutschnationale Abgeordnete Steuer eine Rede gegen die Politik, die die NSDAP in Preußen und im Reich betrieb. Hierbei mußte infolge wilder Tumultszenen der 160 nationalsozialistischen Abgeordneten die Sitzung zweimal unterbrochen werden. Sie konnte erst fortgesetzt werden, nachdem der Ältestenrat den nationalsozialistischen Landtagspräsidenten Kerrl genötigt hatte, seine Pflicht zur Sicherung von Ordnung und Redefreiheit zu erfüllen.

24. Der „*Freiheitskampf*“, die NS-Tageszeitung für den Gau Sachsen schrieb am 30. 9. 32:

„Niemand kämpft so schändlich und niederträchtig, wie die deutschnationalen Reaktionäre und deshalb gibt es kein Paktieren mit ihnen. Deutschland wird erst dann gesunden, wenn dieses Lager endgültig zerschlagen ist.“

25. „*Deutschnationale Riesenkundgebung in der Hasenheide*“ „Bolschewistische Methoden der NSDAP“ („Unsere Partei“ vom 8. 10. 32):

„Die Versammlung wurde von Nationalsozialisten systematisch gestört. Die Nazis schleuderten Biergläser und Stühle in die Menge. Die Friedensstörer wurden aus dem Saale entfernt. Noch draußen auf dem Herrmannplatz riefen sie:
„Heil Hitler! — Hugenberg verrecke!“

Der deutschnationale Vizepräsident *Graef* stellte fest:

„Die Bevölkerung von Neukölln hat einen Begriff bekommen, wie es im nationalsozialistischen Dritten Reich ausschauen wird.“

Der deutschnationale Abgeordnete *Steuer* sagte:

„Wer heute diese Szene miterlebt hat, der muß erkennen, in welcher ungeheuren Gefahr sich das deutsche Vaterland, das deutsche Volk, die deutsche Kultur befinden... Wir wollen nicht, daß der Staat die rote Zwangsjacke mit einer braunen vertauscht.“

26. Der „*Angriff*“ Nr. 203 vom 6. 10. 32:

„Ist dem deutschnationalen Klüngel alles erlaubt? ... Wir fordern sofortiges Verbot aller deutschnationalen Versammlungen.“

27. Telegramm von einer deutschnationalen Kundgebung in *Stendal* am 13. 10. 1932:

„Den in Berliner Krankenhäusern verwundet liegenden Parteifreunden senden Frauen und Männer aus der Altmark, die sich heute hier in Stendal um unseren verehrten Parteiführer, Geheimrat Dr. Hugenberg, versammelt haben, ihren Dank für mutiges Eintreten für unsere gemeinsame Idee und die herzlichsten Wünsche für eine baldige Genesung. Mit deutschem Gruß — Heil Deutschland! gez. Doering.“

28. „*Die Redeschlacht in der Hasenheide*: Die nationalsozialistische Demagogie am Pranger. Scharfe, aber sachliche Abrechnung mit Dr. Goebbels.“ („Unsere Partei“ v. 24. 10. 1932). In dieser großen Versammlung vom 19. 10. 32 führte der deutschnationale Abgeordnete *Schmidt-Hannover* den „VB“ vom 14. 10. 32 an, in dem der NS-Abgeordnete *Stöhr* der SPD eine Koalitionssofferte auf der Grundlage gemacht hat: Bildung einer qualifizierten Mehrheit zur Verwirklichung der sozialistischen Ziele und zur evtl. Absetzung des Reichspräsidenten. Schmidt erwähnt ferner das Wort eines bolschewistischen Kommissars:

„Wir kommen zur Weltrevolution nur über Adolf Hitler.“

29. In derselben Versammlung (Hasenheide, Berlin, 19. 10. 1932) hatte Goebbels auf eine entsprechende Frage des Abgeordneten *Schmidt-Hannover* zugegeben, daß er bei einer Machtübernahme durch den Nationalsozialismus als Minister für Kultur und Presse vorgesehen sei. *Schmidt-Hannover* hatte ihm darauf zugerufen: „Wenn dies eintreten sollte, so würde dies das Ende der deutschen Kultur bedeuten!“

Als Mitglied des Hitlerkabinetts wurde Dr. Goebbels *nicht* etwa bei der Bildung des Kabinetts genannt. Vielmehr tauchte er — und zwar nicht als

„Kultusminister“, sondern als „Propagandaminister“ — erst etwas später auf, und zwar sozusagen als „vollzogene Tatsache“: Hitler hatte sich über ihn mit Hindenburg verständigt, wie dieser überhaupt bald nicht viel mehr war als das ausführende Organ für Hitlers vorsichtig auf ihn übertragenen Willen.

Anlage VI

Reichskanzler a. D. Dr. Brüning über Hugenberg's Einstellung zum Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933

(Aus dem Brief des früheren Reichskanzlers Dr. Heinrich Brüning an den Herausgeber der „Deutsche Rundschau“, veröffentlicht im Heft 7 dieser Zeitschrift, Juli 1947 S. 17/18):

„Viele Mitglieder der DNVP waren sich wie Abgeordnete anderer Parteien darüber klar, daß Hitlers Machtbefugnisse unter dem Reichstagsbrand-Erlaß vom 28. Februar tatsächlich weitreichender waren als das eingebrachte Ermächtigungsgesetz. Am Morgen des 21. März trat Oberföhrer vor der Zeremonie in der Potsdamer Garnisonkirche an mich heran, und am gleichen Tage erhielt ich eine Nachricht von einem anderen einflußreichen Mitglied der DNVP, das mich um ein *Zusammentreffen mit Hugenberg* in seinem Hause an diesem Abend bat. Bei diesem Zusammentreffen wurde vereinbart, daß ich ein *Amendement zum eingebrachten Ermächtigungsgesetz entwerfen sollte, das die bürgerliche und politische Freiheit garantieren würde*, und daß dieses Amendement im Reichstag aus taktischen Gründen durch die DNVP beantragt werden sollte. Das Amendement wurde von Dr. Bell und mir mit zwei anderen Mitgliedern der Zentrumspartei entworfen und der DNVP übergeben. Als der Reichstag zusammentrat, hatten wir kein Anzeichen dafür, daß die DNVP dieses Amendement nicht wie verabredet einbringen würde. Unmittelbar vor der zweiten Lesung des Gesetzes ging ein Abgeordneter der DNVP nahe genug an meinem Platz vorbei, um mir schnell zuzuflüstern, daß der Antrag an diesem Tage nicht eingebracht werden könnte. Man sagte mir am folgenden Tage, daß 22 Mitglieder der DNVP, geführt von Dr. Eduard Stadtler, gedroht hätten, im Falle, daß das Amendement eingebracht würde, die Partei zu verlassen und sich den Nazis anzuschließen. Zu dieser Zeit war es sehr schwierig, die Stärke irgendeiner Partei zu verändern, besonders, weil die Nazis bereits Minister Severing von der SPD verhaftet hatten, der gerade vor der dritten Lesung des Gesetzes freigelassen wurde, und gedroht hatten, die Verhaftungen fortzusetzen, bis sie eine Zweidrittelmehrheit ohne die Stimmen des Zentrums und der kleineren Parteien hätten.“